

Bundesrat Guy Parmelin
Vorsteher des Eidgenössischen Departements für
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Schwanengasse 2
3003 Bern

elektronischer Versand
christina.baumann@sbfi.admin.ch

3001 Bern, 28. Februar 2019

Prof. Dr. Michael Hengartner
Präsident
T +41 31 335 0740
michael.hengartner@
swissuniversities.ch

swissuniversities
Effingerstrasse 15, Postfach
3001 Bern
www.swissuniversities.ch

Stellungnahme zum Entwurf des Bundesgesetzes über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zum Entwurf des Bundesgesetzes über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz) Stellung zu nehmen.

swissuniversities begrüsst es, dass die Problematik der derzeit ungenügenden gesetzlichen Abstützung des Kompetenzzentrums für Berufsbildung EHB zum Anlass genommen wird zu versuchen, die genaue Rolle des EHB zu klären. Für die Berufsbildung in der Schweiz ist es wichtig, aktuelle Grundlagen und Systemdaten für die Weiterentwicklung des Berufsbildungssystems verfügbar zu haben. In diesem Zusammenhang kann auch das EHB als Kompetenzzentrum des Bundes für Berufsbildung Arbeiten zur Bewältigung anstehender und künftiger Herausforderungen in der Berufsbildung leisten. Insbesondere dürfte das Engagement für die Berufsentwicklung und die Unterstützung von Bund, Kantonen und Organisationen der Arbeitswelt künftig noch wichtiger werden. Allerdings dürfte der Entwurf des EHB-Gesetzes die genaue Mission des EHB in Abgrenzung zu den kantonalen Hochschulen nur ungenügend adressieren; insbesondere die genaue Aufgabenteilung zwischen den Hochschulen und dem EHB wird nicht ganz deutlich, so dass der Entwurf unseres Erachtens nicht sicherstellt, dass „Doppelspurigkeiten“ zwischen dem EHB und den kantonalen Hochschulen vermieden werden. Wünschenswert wäre es daher, die genaue Mission des EHB fokussierter zu fassen.

Vor dem Hintergrund der Schweizer Hochschullandschaft gemäss HFKG steht swissuniversities der vorgeschlagenen gesetzlichen Verankerung des EHB als Hochschule grundsätzlich kritisch gegenüber.

Über diese eher grundsätzlichen Bemerkungen hinaus nehmen wir in der Folge zu drei spezifischen Aspekten des Entwurfs Stellung: dem Bestreben des EHB, sich als Pädagogische Hochschule akkreditieren zu lassen, dem Verhältnis zwischen dem EHB und den kantonalen Hochschulen, wie es im Gesetzesentwurf zum Ausdruck kommt, sowie dem Aspekt der Autonomie.

1. Das EHB als Pädagogische Hochschule

swissuniversities steht der Schaffung einer eidgenössischen Pädagogischen Hochschule aus folgenden Gründen kritisch gegenüber:

- **Bologna-konforme Bachelor- oder Masterstudiengänge**
Das EHB bietet derzeit einen Bologna-konformen Studiengang an (Master of Science in Berufsbildung), der seit seinem Start im Jahr 2007 rund 5 Abschlüsse pro Jahr aufweist. Im Herbst 2019 soll ein neuer Bachelor-Studiengang starten (Bachelor of Science in Berufsbildung). Weder der Master- noch der geplante Bachelorstudiengang führen zu einem Lehrdiplom. swissuniversities erachtet beides – die geringe Anzahl an Absolvierenden von Bologna-konformen Studiengängen sowie das Fehlen eines Bologna-konformen Studiengangs, der zu einem Lehrdiplom führt – für eine Pädagogische Hochschule als problematisch.
- **Grundbeiträge des Bundes: Widerspruch zum HFKG**
Anders als im Entwurf des EHB-Gesetzes vorgesehen (vgl. Art. 18), können Pädagogische Hochschulen gemäss Art. 47 des HFKG keine Grundbeiträge, sondern lediglich projektgebundene Beiträge erhalten. Art. 18 – und damit die Idee einer durch den Bund finanzierten Pädagogischen Hochschule – steht also im Widerspruch zum HFKG.
- **Zulassung zur ersten Studienstufe: Widerspruch zum HFKG**
Gemäss Art. 24 des HFKG erfolgt der Regelzugang zur ersten Studienstufe einer Pädagogischen Hochschule über eine gymnasiale Maturität (vgl. Abs. 1). Abweichungen davon sind in Abs. 2 für die „Vorstufen- und Primarlehrerausbildung“ definiert. Eine Zulassung mit Berufsmaturität ohne Zusatzqualifikation, wie sie für den Bachelorstudiengang des EHB derzeit möglich ist (gemäss [Webseite](#), Stand: 23.01.2019), sieht das HFKG nicht vor. Die Zulassungsbedingungen für den BSc des EHB widersprechen damit unseres Erachtens Art. 24 des HFKG.

2. Verhältnis EHB – kantonale Hochschulen

- **Aufgabe des Subsidiaritätsprinzips**
Art. 48 Abs. 2 BBG führt unter Buchstabe a. als Aufgabe des EHB die „*Bildung und Weiterbildung von Berufsbildungsverantwortlichen, insbesondere von Lehrkräften, soweit nicht die Kantone zuständig sind*“, auf. Mit der in Art. 35 des Entwurfs des EHB-Gesetzes vorgeschlagenen Anpassung von Art. 48 BBG wird das im BBG verankerte Subsidiaritätsprinzip aufgelöst. Die Ergänzung „soweit nicht die Kantone zuständig sind“ ist aus Sicht von swissuniversities eine zentrale Bestimmung des BBG, die nicht entfallen soll.
- **Proklamation eines Monopols**
Die vorgesehene Streichung des Subsidiaritätsprinzips im BBG geht im Entwurf des EHB-Gesetzes mit der Proklamation eines Monopols einher, das aktuell nicht existiert und aus Sicht von swissuniversities nicht eingeführt werden sollte:
Im Erläuternden Bericht zum EHB-Gesetz steht zu Art. 27: „*Unter Leistungen mit Monopolcharakter werden Leistungen im öffentlichen Interesse, welche für private Anbieter aufgrund der geringen Menge oder der erforderlichen Qualität nicht rentabel sind, verstanden. Vorliegend handelt es sich um die Aufgaben nach Artikel 3 Absätze 1-3 und 5.*“
Bei den erwähnten Aufgaben handelt es sich um 1. das Anbieten von Studiengängen, 2. Berufsentwicklung, 3. Berufsbildungsforschung und 5. weitere Aufgaben im Berufsbildungsbereich von gesamtschweizerischem Interesse.
Aus Sicht von swissuniversities können Aufgaben wie das Anbieten von Hoch-

schulstudiengängen (Aus- und Weiterbildungen) sowie das Betreiben von Forschung in der Berufsbildung nicht Monopolaufgaben des EHB sein. Den kantonalen Hochschulen steht es frei, solche Studiengänge anzubieten und in diesem Bereich Forschung zu betreiben. In der pädagogischen Qualifizierung von Berufsbildungsverantwortlichen haben sich die Pädagogischen Hochschulen auch längst etabliert. Die Anerkennungsreglemente für die Studiengänge der EDK und des SBFI ermöglichen es, gleichwertige Studiengänge an unterschiedlichen Hochschulen anzubieten und durchzuführen. Entsprechende Angebote des EHB dürfen den Wettbewerb nicht verzerren. Auch in der Berufsbildungsforschung sind universitäre Hochschulen, Fachhochschulen wie auch Pädagogische Hochschulen längst erfolgreich aktiv.

Hingegen sollten Dienstleistungen mit Monopolcharakter zugunsten der Organisationen der Arbeitswelt (OdA), der Kantone sowie der Hochschulen, die weder von privaten Anbietern noch von akkreditierten Hochschulen in der erforderlichen Qualität und rentabel angeboten werden können und bei welchen es zu einer Unterversorgung kommen könnte, bei dem EHB gestärkt werden.

3. Autonomie des EHB als Hochschule

Der Gesetzesentwurf verweist zwar in Art. 1 Absatz 2 auf die Autonomie des EHB. Sollte das EHB tatsächlich als Eidgenössische Hochschule neu positioniert werden, müssten ihr jedoch – wie den Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETHZ/EPFL) – explizit die für eine Hochschule notwendige Lehr-, Lern- und Forschungsfreiheit zugestanden werden. Diese sollten gesetzlich verankert werden (vgl. ETH-Gesetz).

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Prof. Dr. Michael Hengartner
Präsident swissuniversities

Prof. Dr. Hans-Rudolf Schärer
Vizepräsident swissuniversities,
Präsident Kammer PH